

Entwicklung war ganz sicher der 9. Oktober in Leipzig, nicht der 9. November in Berlin.

Das Medienereignis, das international das Ende des SED-Systems signalisierte, war aber der Fall der Mauer am 9. November 1989. Hier wird wieder deutlich, daß sich die Absurdität der geteilten Stadt in der für jedermann sichtbaren Sperranlage und damit die ganze Problematik der deutschen Teilung gewissermaßen fokussierte. Die Mauer war nicht die Teilung, aber sie war das für alle sichtbare internationale Symbol der Teilung. Nirgendwo war die deutsche Teilung sichtbarer.

Die geteilte Stadt war eine permanente Herausforderung des SED-Staates vom ersten bis zum letzten Tag ihrer Existenz. Diese geteilte Stadt war die täglich präsente Antithese, die steingewordene Absurdität. So wurde die Mauer zum Monument der deutschen Einheit schon vor ihrem Fall.

Ich danke Ihnen. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Herr Dr. Wolle, Ihnen ganz herzlichen Dank! Ich finde, Sie haben mit Ihren einleitenden Bemerkungen untertrieben. Denn es ist Ihnen durch Ihre Beispiele und Ihre Schilderungen gelungen, uns wohl alle in die damalige Zeit zurückzusetzen. Das ist etwas ganz Wichtiges: daß wir Nichts vergessen, und zwar auch emotional nichts vergessen. – Deshalb ganz herzlichen Dank!

Sie haben eine Formulierung geprägt, die ich mir aufgeschrieben habe: Man wollte der Abnormität den Schein der Normalität verleihen. Aber das ist nicht gelungen. Sie haben an vielen, vielen Beispielen dargestellt, was diese Abnormität bedeutete.

Ich nehme an, daß gleich der eine oder andere Diskussionsbeitrag auf diese Dinge noch einmal eingehen wird.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den ergänzenden Kurzreferaten aus dem Kreise der Enquete-Kommission. Es beginnt Herr Kollege Bundestagsabgeordneter Professor Dr. Soell. Es folgen die Sachverständigen unserer Enquete-Kommission Professor Dr. Wilke und Dr. Mitter. – Herr Soell, Sie haben jetzt das Wort.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Ich möchte mit einer Bemerkung beginnen, in der ich die erste Berlin-Krise, also die Blockade 1948/49, mit der zweiten Berlin-Krise vergleiche. Während die erste Berlin-Krise insbesondere durch die Luftbrücke ein enormer politischpsychologischer Erfolg für die westlichen Demokratien insgesamt war, insbesondere für die West-Berliner, und auch das Verhalten der West-Berliner auf die westeuropäische und die amerikanische öffentliche Meinung entsprechend wirkte – auch für die Westzonen im Zuge ihrer Weststaatsgründung und schließlich auch im Hinblick auf das sich wandelnde Meinungsbild über Deutschland bei den Westalliierten –, war der Mauerbau für die West-Berliner und langfristig auch

für die Mehrheit der DDR-Bevölkerung ein schwerer politischer Schock, der überwiegend als Niederlage des Westens und als das Ende der bisherigen Wiedervereinigungshoffnungen begriffen worden ist.

Lassen Sie mich zu der ersten Berlin-Krise einschränkend sagen, daß die Reaktion des Westens natürlich sehr unterschiedlich war. Die Wirkung des Verhaltens der West-Berliner in dieser Krise war in den USA am stärksten. Relativ stark war sie auch noch in der öffentlichen Meinung Großbritanniens, weniger bei den dort Regierenden. Am wenigsten stark war die Wirkung in Frankreich, das sich an der Luftbrücke im Unterschied zu Großbritannien nicht beteiligt hatte.

Immerhin gab es in der wichtigsten Regierungspartei, dem MRP, doch eine gewisse Wendung bei Politikern wie George Bidault und Robert Schuman. Das führte später zu den Anfängen der europäischen Integration.

Meine zweite Bemerkung mündet in einer Frage: ob der scharfe Schnitt von 1961, der mittelfristig einem internationalen Modus vivendi Raum gab – ich meine damit die Berlin-Regelung von 1971, weil die DDR sich zunächst nach außen stabilisierte –, hätte vermieden werden können.

Dabei geht es jetzt weniger um die übergreifende Frage, ob es in den 50er Jahren Chancen zur Wiedervereinigung gab. Wir werden uns diesem Thema noch mit großer Sorgfalt zuwenden. Vielmehr geht es um die Frage, ob unterhalb dieser Ebene eine frühere und deutlichere Klärung der Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik eine weniger einschneidende und vielleicht auch frühere Regelung ermöglicht hätte.

Ich greife hier auf den Punkt zurück, den der Kollege Mahncke formuliert hat über die Frage, warum und weshalb West-Berlin kein Land der Bundesrepublik geworden sei, und auf seine Meinung, dies sei durchgehend der offizielle Standpunkt der Westmächte gewesen; deswegen ihre Suspendierung des Art. 23 des Grundgesetzes und anderes mehr.

Das ist nach außen richtig. Es war der offizielle Standpunkt der Westmächte. Allerdings gab es eine Zeit, in der diese Position durchaus nicht zementiert war, sondern diskutiert wurde – auch mit der ersten Bundesregierung.

Unmittelbar im Anschluß an das Ende der ersten Berlin-Krise, nämlich im September/Oktober 1949, war dies Gegenstand einer der ersten Debatten des Bundestages und einer Bundestagsentschließung am 30. September 1949, in der die Alliierten gebeten wurden, die Suspendierung des Art. 23, der feststellte, daß Berlin das zwölfte Land der Bundesrepublik sein sollte – es gab ja noch drei Südweststaaten, deshalb die Zahl 12 –, doch bitte rückgängig zu machen.

Zum Erstaunen des amerikanischen Hochkommissars McCloy hielt Bundeskanzler Adenauer es nicht für notwendig, der Hohen Kommission diese Bundestagsentschließung vorzulegen. Noch mehr, Adenauer hat in den nach-

folgenden Monaten und Jahren, wie die auf französischen, vor allen Dingen aber amerikanischen und britischen Quellen aufbauende Studie von Hermann Josef Rupieper, die 1991 erschienen ist, deutlich macht, gemeinsam mit der französischen Regierung verhindert, daß die amerikanischen Vorstöße, West-Berlin zum zwölften Bundesland zu machen, Erfolg hatten.

Ich will das an einem Zitat illustrieren, das aus einem Gespräch stammt, das der wichtigste und engste außenpolitische Berater Adenauers, Herbert Blankenhorn, im Oktober 1949 mit einem Vertreter der Hohen Kommission führte.

„Als das Berlin-Problem erwähnt wurde, entwickelte Blankenhorn die bekannte Adenauer-Linie zugunsten der Hilfe für Berlin, ohne jedoch Berlin zum zwölften Land zu machen. Er ging sogar noch über Adenauers Argumentation gegen den Landstatus hinaus. Er vertrat die Meinung, daß Berlin seinem Wesen nach nicht zum Westen gehöre. Das wichtigste Ziel sei, den Westen zu konsolidieren und Deutschland politisch und kulturell in den Westblock zu integrieren. Er vertrat die Meinung, daß es wichtig sei, Süddeutschland endlich eine Chance zur Selbstbehauptung zu geben. Das alte Argument, der Nationalsozialismus komme aus dem Süden, sei irreführend, Hitler sei mit der Unterstützung des Nordens und des Ostens, lange nachdem sein Einfluß in Bayern den Zenit überschritten hatte, an die Macht gekommen. Es wäre gefährlich, West-Berlin zu diesem Zeitpunkt eine führende Rolle zu geben. Es sei nicht nur im tiefsten Sinne preußisch, sondern auch den totalitären Einflüssen seiner Umgebung ausgesetzt. Als Teil der früheren Hauptstadt Deutschlands würde Berlin einen unangemessenen Einfluß ausüben, der gefährlich sein könnte. Nach einer Stabilisierung der politischen Zustände im Westen würde es angemessen sein, Berlin aufzunehmen.“

Soweit das Zitat. In diesem wurde schon deutlich, daß manches an der von Adenauer geprägten Linie hier sehr überspitzt wiedergegeben wurde, wobei man sagen muß Adenauer hielt eine entsprechende Rede vor der Universität Köln im März 1946; „Berlin als heidnische Stadt“ und viele andere Zitate sind bekannt. Aber auch wenn man diese Einschränkung macht, muß man sich zunächst auf die Argumente Adenauers einlassen, insbesondere – abgesehen von bestimmten innenpolitischen Sorgen, die aber wahrscheinlich in seinen Augen eher vernachlässigbar waren – auf seine Furcht vor einer Erschwerung der Westintegration dadurch, daß auf die Bundesregierung Druck ausgeübt würde, ihren Sitz nach West-Berlin zu verlegen und der Wiedervereinigungspolitik oberste Priorität zu geben.

Ob diese Sogwirkung eingetreten wäre, ist heute sicherlich schwer zu sagen; aber die politischrechtliche Eingliederung der Westsektoren Berlins in die Bundesrepublik hätte die Salamtaktik bei der Veränderung des

Status quo durch Ost-Berlin, durch die DDR-Regierung jedenfalls ein Stück konterkariert.

Vierte Bemerkung: Als im Zusammenhang mit dem Berlin-Ultimatum seit November 1958, vor allem im Herbst 1959, nachdem die Bundesrepublik und die DDR zum erstenmal am Genfer Katzentisch international gleichbehandelt worden sind, bei den Gesprächen Eisenhower-Chruschtschow in Camp David sich die Möglichkeit abzeichnete, daß die amerikanische Politik eine praktische Berlin-Regelung nach dem Muster der zuerst von John Foster Dulles kurz vor seinem Tod formulierten Agententheorie – also DDR-Grenzbeamte bei der Kontrolle der Zugangswege als Agenten der Sowjets – akzeptieren würde, war aus der Sicht Adenauers, wie die damals wieder aufgenommenen vertraulichen Gespräche mit Chefredakteuren in Bonn zeigten, jedenfalls die Tendenz zur internationalen Anerkennung der DDR unaufhaltsam.

Er hatte sich aber auf der anderen Seite im Mai 1960 riesig gefreut, als die Pariser Gipfelkonferenz platzte.

Zitat: „Wir haben noch mal nies Jlück jehabt.“ Ich kann das Kölsche leider nicht so gut.

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Das war kein gutes Kölsch!

Abg. Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Das gebe ich zu, aber das Zitat ist trotzdem von seinem Pressechef Felix von Eckardt übermittelt, dem Adenauer dies gesagt hat.

Fünfte Bemerkung. Es ist sehr zu diskutieren, ob frühere Lösungen in dem bezeichneten Sinne die Rigidität des Grenzregimes ab dem 13. August 1961 hätten verhindern können. Klar ist, daß es in jedem Fall ein Grenzregime gegeben hätte, damit die DDR im Sinne der Sowjetunion und der anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts stabilisiert werden konnte. Klar ist auch – darauf hat ja vorher der kleine Disput zwischen Frau Wilms und Herrn Mahncke schon hingewiesen –, daß ab 1962, also unmittelbar nach der Mauer, umfangreiche, massive Berlin-Hilfen von seiten der Bundesregierung gekommen sind, die in ihren materiellen, wirtschaftlichen, sozialen und auch kulturellen Auswirkungen erheblich größer waren als in den 50er Jahren insgesamt durch das sogenannte Notopfer Berlin. Dazu braucht es hier in diesem Kreis keine zusätzlichen Ausführungen. Denn der Abbau dieser Berlin-Hilfen in den letzten Jahren – er findet ja nach wie vor statt – bringt ja erhebliche Einbußen, insbesondere für die West-Berliner. Daraus kann man den massiven Charakter dieser Hilfen ersehen.

Noch eine Bemerkung: Die Wende in der Ostdeutschland/Berlin-Politik, zuerst in der politischen Führung West-Berlins, später in ersten Ansätzen der Großen Koalition und schließlich in den entscheidenden Schritten der sozialliberalen Koalition ab 1969, ist durch die Erfahrungen des 13. August 1961 in Gang

gekommen. Brandt hat dies am 25. Februar 1970 im Bundestag deutlich gesagt. Damals wurde ein Vorhang weggezogen, und es stellte sich heraus: Die Bühne war leer.

Der Antwortbrief John F. Kennedys auf einen Brief, den Willy Brandt unmittelbar nach dem 13. August geschrieben hat, um die Nöte der Stadt und insbesondere die psychologische Situation darzulegen, machte dann auch deutlich, daß es unabhängig von der Sicherung der drei Essentials wichtig war, sich nicht im politischen Status quo einzurichten. Und daraus wurden dann ganz bestimmte Konsequenzen gezogen.

Letzter Punkt, der auch die Diskussion mit Herrn Mahncke noch erwähnt: Da ich selber einer der Betroffenen der Maßnahme der Bundesregierung nach 1961 war – durch die Verlängerung der Wehrpflicht –, ist es nicht ganz richtig, wenn Sie sagen, daß es keine militärischen Maßnahmen außer dieser Verlängerung der Dienstzeit der Zeitsoldaten gegeben habe. Die Wehrpflicht wurde unmittelbar nach dem Mauerbau zunächst auf 15 Monate erweitert, ab 1962 auf 18 Monate. Soviel zur Ergänzung dessen, was Herr Mahncke gesagt hat. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU): Vielen Dank, Herr Soell. Daß es mich jetzt juckt, einiges zu sagen, möge man verstehen. Aber ich bin heute nur Moderator; deshalb gebe ich jetzt das Wort Herrn Professor Wilke, sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission für die CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Liebe Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich will kurz zu einem Aspekt sprechen und den Faden weiterspinnen, den Stefan Wolle vor mir schon gelegt hat, welche Rolle das Volk von Berlin in der deutschen Nachkriegsgeschichte gespielt hat. Dabei werde ich mich auf die Grundfrage deutscher Politik nach 1945 konzentrieren: Wo gehört Deutschland hin, West- oder Ostorientierung?

Wir alle kennen das Bild. 1945 wurde auf diesem Reichstag die rote Fahne gehißt. Wir wissen auch, daß das Bild als Propagandacoup geplant wurde. Mit dem Bild wollte die Sowjetunion den Deutschen deutlich machen, wer der Sieger ist.

Die Alliierten hatten Berlin aus den Besatzungszonen herausgenommen, um hier in der Hauptstadt des bezwungenen Reiches gemeinsam als Sieger über Deutschland zu entscheiden. Keine Macht hat die Teilung explizit gewollt. Roosevelt hat in Jalta hellstichtig gesagt: Vielleicht wird aus Besatzungszonen die Teilung werden, auf die sich die „großen Drei“ in Jalta nicht einigen konnten.

Aber der Sonderstatus Berlins machte eines deutlich, über die Deutschen sollte verfügt werden, um die drei zentralen Ziele alliierter Nachkriegspolitik durchzusetzen: Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung.

Kollege Mahncke hat auf die Bedeutung des Besatzungsrechts als Ausgangspunkt der deutschen Nachkriegsentwicklung hingewiesen. Eine Frage blieb: Wie werden die Deutschen Demokratie definieren? Dieses Kriegsende von 1945 war auch eine Niederlage all der deutschen Sonderwege, der Trümeereien des 19. Jahrhunderts vom deutschen Wesen, vom Salz der Erde und dergleichen nationalistischen Unsinn. 1945 standen die Deutschen als Nation vor der Frage: Wie kommen wir aus dieser Katastrophe, die Demütigung, in die uns die Nazipolitik geführt hat und in die wir uns führen ließen, heraus? Wählen wir den sowjetischen Weg oder den der westlichen Demokratien?

Das erste, was der deutsche Widerstand, was die deutschen Demokraten lernen mußten, war, die Sieger haben das letzte Wort, und zwar in allen Besatzungszonen.

Die erste demokratische Bewährungsprobe, in der das Volk von Berlin die Weltpolitik nachhaltig beeinflusste, fand 1945/46 statt. Die Sowjetunion, die sowjetische Militäradministration in Deutschland – einer ihrer Mitarbeiter, der Herr Doemberg, sitzt ja hier im Raum – beschloß im Herbst 1945, den Einfluß der Sozialdemokratie in der SBZ zu brechen. Sie setzte die Frage der von den Kommunisten geführten Sozialistischen Einheitspartei in ihrer Besatzungszone auf die Tagesordnung. Das Frühjahr 1946 war der Zeitpunkt, als die deutschen Demokraten lernten, die deutsche Selbstbestimmung ist nur in den Besatzungszonen, in den Sektoren möglich, in denen es Besatzungsmächte gab, die selbst eine demokratische Verfassung besaßen.

Die Urabstimmung, die die Berliner Sozialdemokraten im März 1946 durchsetzten, konnte nur in den Westsektoren stattfinden. Die Mitglieder sprachen sich in überwältigender Mehrheit gegen eine sofortige Verschmelzung der Parteien in Berlin aus.

Diese Parteiwahl war die erste demokratische Wahl in Deutschland nach 1945. Diese Urabstimmung wurde dann durch die Wahlergebnisse vom Oktober 1946 bestätigt. 1946 hatten die Berliner in den Westsektoren entschieden, wir gehören zum Westen! Mit Hunger und Entbehrungen bekräftigten sie ihre Wahl in der Berliner Blockade.

An diese Grundentscheidung von 1946 in Berlin muß erinnert werden. Sie fiel vor der Gründung der Bundesrepublik. Ein symbolisches Menetekel war für die Sowjets und die SED auch Ernst Reuter, die überragende Persönlichkeit der Berliner Selbstbehauptung dieser Jahre. Er war der erste Generalsekretär der Kommunistischen Partei Deutschlands, der 1921 mit der KPD brach. Mit diesem Schritt protestierte er gegen die sowjetische Politik, die mit der KPD in Deutschland verfolgt wurde. Ernst Reuter wurde Sozialdemokrat und kam aus dem türkischen Exil zurück. Vor dem Reichstag forderte er 1948 mit dem pathetischen Satz „Völker der Welt, schaut auf diese Stadt!“ die westliche Solidarität mit der deutschen Demokratie.

Über 1961 ist genug gesagt worden. Kommen wir zur letzten Station der

Teilungsgeschichte, in der das Volk von Berlin noch einmal Weltpolitik gestaltete. Ich spreche vom 9. November 1989. Stefan Wolle hat Recht, der entscheidende Moment beim Sturz der SED-Diktatur ist der 9. Oktober 1989, als in Leipzig die Freiheit der Demonstration, die Freiheit der demokratischen Selbstbestimmung gegen die SED durchgesetzt wurde.

Am 4. November 1989 war die gesamte DDR-Opposition, vor allem die Intellektuellen und Künstler, stolz über die 500.000, die sich auf dem Alexanderplatz versammelten. Die Mauer stand noch, aber die SED wußte: Ihre Stunden sind gezählt.

Zu diesem Zeitpunkt gewann die Ausreisefrage für die gewendete SED-Führung eine explosive Dynamik. Die tschechoslowakische Regierung drohte, die Grenzen zu schließen, wenn die DDR nicht endlich eine legale Form für die Ausreise ihrer Staatsbürger in die Bundesrepublik findet. Zum Druck von außen kam der von innen; die Montagsdemonstrationen verlangten die Reisefreiheit.

In dieser Situation fand die folgenreiche Sitzung des SED-Zentralkomitees statt, auf der am 9. November 1989 das Reisegesetz beschlossen wurde. Es war, glaube ich, ein italienischer Journalist, der an diesem Abend des 9. November Günter Schabowski, den großen PR-Manager des untergehenden Politbüros fragte, wann das Reisegesetz kommt. Schabowski antwortete: Ja, wir haben eine Regelung beschlossen; ab morgen früh kann jeder Bürger, der sich bei der Volkspolizei einen Stempel geholt hat, die Grenze passieren. – Ab wann denn das gelte? – Na, ab sofort.

Es ist bezeichnend – und es ist auch ein Tadel, den ich bewußt an die Stadtregierung in Berlin adressiere –, daß sich bislang niemand darum gekümmert hat, wer war der erste, der sich aus Ostberlin aufmachte und sagte: Na gut, Schabowski hat sofort gesagt! Probieren wir es aus!

(Dr. Hartmut Soell (SPD): Da gibt es Hunderte erste!)

Es gibt aber den ersten, der an der Grenze stand und sagte: Ich will jetzt rüber nach West-Berlin! Unabhängig von der Frage, wer war an der Bornholmer Straße oder der Sonnenallee der erste am 9. November 1989; die Berliner nahmen ihr Recht auf Selbstbestimmung an diesem Abend spontan in Anspruch und sie waren es, die die Mauer öffneten.

Durch den Fall der Mauer ging es nicht mehr um die Reform der DDR, sondern um die deutsche Vereinigung. Das war die weltgeschichtliche Bedeutung des 9. November 1989.

Für die Revolutionssoziologen und -theoretiker ist vielleicht noch wichtig, die Berliner haben die erste nationale Revolution in Form eines Wiedersehensfestes gemacht. Kollege Mahncke hat uns ja vor Augen geführt, welche vielfältigen Rechtsbeziehungen es gab, welche Vorbehaltsrechte die Alliierten

in und um Berlin hatten. Die Berliner haben sich in dieser Nacht darüber hinweggesetzt.

Der Fall der Mauer, die Einforderung der deutschen Einheit fand in einer Form statt, die politisch vollkommen unangreifbar war. Es war der Souverän, es war das Volk, der dies tat, und danach mußten sich alle Mächte und alle Regierungen richten.

Das ist das große nationale Verdienst der Berliner von 1989, ihre Tat bekräftigte die Option von 1946; die Deutschen gehören zum Westen. Ich danke Ihnen.

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Vielen Dank auch Ihnen, Herr Professor Wilke. Sie haben das Augenmerk noch einmal auf die demokratische Anfangszeit gelenkt, was sehr wichtig ist, und noch einmal an den 9. November erinnert.

Wenn die persönliche Bemerkung gestattet ist: Ich habe am 9. November ganz zufällig bei einer Konferenz von Historikern hier im Saal gestanden, und ich habe es überhaupt nicht begreifen können, als mir ein Zettel hereingegeben wurde: Die Mauer ist offen. Ich habe das nicht begriffen, nicht verstanden. Und erst beim zweiten Zettel dämmerte mir, daß das wohl auch so gemeint war.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Frau Vorsitzende, ich frage es, weil es mir schon von anderer Seite geschildert wurde: Ist es richtig, daß dann jemand aus Ihrer Begleitung versucht hat, die sowjetische Botschaft zu erreichen, um zu erfahren, ob Reaktionen der Sowjetbehörden, etwa auch der sowjetischen Armee, zu erwarten wären? Ist das richtig? So wurde mir das geschildert. Und als dort niemand erreicht wurde, hätte man in der Luftsicherheitszentrale angerufen, und ein sowjetischer Beamter hätte gesagt, die sowjetischen Panzer blieben in ihren Kasernen. – Also richtig dramatisch!

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Daß es dramatisch war, ist sicher richtig. Vor allem war es unfassbar. Allerdings ist mir von diesen Telefonaten nichts bekannt, was nicht ausschließt, daß von anderen Stellen in Berlin solche Anrufe möglicherweise getätigt worden sind. Das kann ich aber nicht bezeugen.

Herr Mitter, Sie haben das Wort. – Herr Dr. Armin Mitter, sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission für das Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

Sv. Dr. Armin Mitter: Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwar hat Herr Wilke darauf hingewiesen, daß wir heute schon eine Menge über 1961 und den Mauerbau gehört haben; ich hoffe aber, ich werde Sie mit meinen Ausführungen nicht langweilen, die sich vor allen Dingen mit der inneren Verfassung der DDR-Gesellschaft vor dem Mauerbau,

vor allem seit 1958 bis nach dem Mauerbau, etwa im Herbst 1961, die ich an einigen Stichpunkten schildern will, beschäftigen.

Die Grundlage für meine Ausführungen ist ein gründliches Studium – soweit es möglich war – in den Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, im ehemaligen SED-Archiv und im Archiv der Einheitsgewerkschaft FDGB.

Herr Mahncke hat das eigentlich im Moment vielleicht interessanteste Forschungsproblem in der neueren Zeitgeschichtsschreibung schon formuliert. Er hat darauf hingewiesen, daß gerade die Abhängigkeit der SED von den sowjetischen Genossen in Moskau oder die Eigenständigkeit der SED – eben dieses Wechselverhältnis – im Moment die Geister bewegt und einen sehr breiten Raum in der Literatur einnimmt.

Es ist geradezu interessant festzustellen, daß, parallel zu den forcierten Rüstungsbestrebungen von Chruschtschow 1958, die aus einer gewissen Überlegenheitsmentalität heraus resultierten – einerseits war der Sputnik-Schock nicht lange her, andererseits hatte sich das Land wirtschaftlich einigermaßen konsolidiert, Ungarn war niedergeschlagen, man hatte verhindert, daß in den anderen kommunistischen Staaten ähnliche Ereignisse stattfinden – der V. Parteitag der SED auf Betreiben des Zentralkomitees bzw. des Politbüros der SED die forcierte Vollendung des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus beschloß.

Ich glaube, daß diese zwei Dinge sehr viel miteinander zu tun haben, eng aufeinander abgestimmt waren. Man darf nicht vergessen – Herr Wölle hat das meines Erachtens sehr prägnant benannt –, daß es sich bei der Berlin-Krise zwischen 1958 und 1961 eben nicht um eine Berlin-Krise im engeren Sinne, sondern um eine innere gesellschaftliche Krise der DDR handelte.

In der DDR-Hofgeschichtsschreibung – etwas anderes ist bis 1989 nicht festzustellen – ist der Mauerbau immer wieder mehr oder weniger plump und primitiv damit begründet worden, daß die DDR ausbluten würde, wenn man die Mauer nicht gebaut hätte. Ich möchte dagegen polemisieren: Man vertauscht hier Ursache und Wirkung. Gerade diesem Komplex, der Rolle der Fluchtbewegung in der Zeit zwischen 1958 und 1961, kommt deshalb so große Bedeutung zu, weil auch in einem Teil der westdeutschen Zeitgeschichtsschreibung immer stärker dieses Argument gebraucht wurde – bis zu der für mich uneinsichtigen These, daß der Sozialismus in der DDR eigentlich erst aufgebaut werden konnte, als die Mauer gebaut worden war, mit dem Hintergrund, daß die DDR zwangsläufig hätte ausbluten müssen, wenn die Mauer nicht gebaut worden wäre.

Meines Erachtens hatte der forcierte Aufbau des Sozialismus eine innergesellschaftliche Umgestaltung zum Inhalt, die verschiedene soziale Schichten in Bewegung gebracht hat. Es war durchaus nicht so, daß die Anziehungskraft des Westens allein diese Fluchtbewegung hervorgerufen hat. In erster Linie

wurde die Liquidierung ganzer Klassen und Schichten mit diesem forcierten Aufbau intendiert. Das Wichtigste und Prägnanteste war zweifellos die forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft zwischen 1959 und 1961. Jeder, der sich im bäuerlichen Milieu auskennt, weiß darüber Bescheid, wie schwierig es für jemanden ist, der auf dem Lande lebt, das Land zu verlassen und in ein anderes Land zu gehen. Zudem waren die sozialen Bedingungen gerade für die ländliche Bevölkerung der DDR, die sich Richtung Westen begab, durchaus nicht so positiv, wie das oft in der DDR-Hofgeschichtsschreibung beschrieben wurde. Im Gegenteil, gerade in dieser Zeit kam es zu einer Intensivierung der bundesdeutschen Landwirtschaft, die natürlich auch damit zu tun hatte, daß sehr viele ehemalige Landwirte ihre Betriebe aufgeben mußten.

In diesem Prozeß fand auch in der Industrie eine ungeheure Zentralisierung statt, die vor allen Dingen Frustrationen innerhalb der Industriearbeiterschaft mit sich brachte. Es ist festzustellen, daß bereits im Jahre 1960, im Jahr des sogenannten vollgenossenschaftlichen Dorfes, in den Betrieben, also parallel zur Kollektivierung der Landwirtschaft, die Intensivierung der Industrieproduktion stattfand. Auch das wurde in der DDR-Geschichtswissenschaft immer groß gefeiert. Der Siebenjahrplan war bis 1965 das eigentliche Kernstück der Entwicklung. Im Grunde genommen war es bereits zu diesem Zeitpunkt die blanke Niederlage.

In dieser Zeit, also 1960, fanden in der DDR über 150 Streiks statt. Die Zwangskollektivierung wurde zunächst von der ländlichen Bevölkerung bis zu einem gewissen Grade sogar hingenommen. Allerdings ist in den Akten bereits für Juli/August 1960 festzustellen, daß es zu Auflösungen, sogar zu Landarbeiterstreiks kam, und die SED-Führung reagierte mit Repressivmaßnahmen, vor allem durch Gerichte.

Überhaupt ist der Machtapparat zur gesamtgesellschaftlichen Umgestaltung in der DDR seit 1958, seit dem V. Parteitag, in vollem Einsatz. Es werden Einsatzbrigaden aus örtlichen Funktionären, aus Staatsanwälten gebildet, die nur ein Ziel haben: die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Recht und Gesetz hatten da eine völlig untergeordnete Bedeutung. Es ging bis zur physischen Liquidierung. Das ist auch in den Akten ziemlich klar festzustellen.

Allerdings reagierte die Bevölkerung eben nicht so, wie sich die SED-Machthaber das dachten. Seit etwa Anfang 1961 kommt es zu einer forcierten Streikbewegung. Die Intensivierung der Auflösung der LPG schreitet ständig voran. Andererseits ist eine wachsende Zahl von Provokationen festzustellen, die sich über die ganze DDR erstrecken. Ich rede hier nicht von einem Teil Berlins, sondern ich habe mich ganz bewußt darum bemüht, in allen Bezirken die Situation innerhalb der Bevölkerung festzustellen.

Der erste Höhepunkt dieser gesamten Entwicklung ist eigentlich im April/Mai zu sehen, wo die DDR-Führung versucht, mit außenpolitischen Aktivitäten auf

sich aufmerksam zu machen. Der sogenannte Friedensvertrag mit Deutschland wird propagiert, der von der Bevölkerung überhaupt nicht angenommen wird, weil die breite Masse der Bevölkerung einsieht, daß es nicht realistisch ist, daß die Bundesrepublik aus bestimmten Gründen darauf überhaupt nicht eingehen wird.

Um so schlimmer ist es, daß sich Intellektuelle im Osten und im Westen für dieses Phänomen sehr stark machen. Man stellt in den Akten immer wieder den Zwiespalt zwischen der Meinung der Intellektuellen und der Ansicht der einfachen Arbeiter oder Bauern auf dem Dorf fest, die die Situation viel klarer gesehen haben und sich auf das Geplänkel der Herrschenden nie eingelassen haben.

Etwa ab Mai 1960 ist in sämtlichen Stimmungsberichten aus den Betrieben festzustellen, daß in der DDR eine ähnliche Situation wie vor dem 17. Juni 1953 herrscht: wachsende Streiks, Austritte aus den LPG, wachsende Protestaktionen, wachsende Provokationen gegenüber SED-Genossen. Die Partei in sich selbst wird immer desolater. Es ist spürbar, daß selbst von der Parteibasis der Kurs des forcierten Aufbaus des Sozialismus immer stärker angezweifelt wird.

Es sind drei Verhaltensweisen festzustellen: erstens Austritte alter Genossen, zweitens die Forderung nach Gründung einer neuen SPD – das ist flächendeckend über sämtliche Bezirke festzustellen – und drittens: Der eigentliche Mann ist Willy Brandt. Das ist der eigentliche Parteiführer, dessen Ziele wir vertreten können. Willy Brandt hat zu diesem Zeitpunkt innerhalb der SED ein sehr hohes Maß an Popularität gehabt – sehr zum Schaden der Parteiführung. Auch auf Konrad Adenauer ruhten sehr viele Hoffnungen, daß er endlich dem ganzen Spuk ein Ende macht. Denn große Teile der Bevölkerung sind damals, vor dem Mauerbau, davon ausgegangen, daß sich die Bundesregierung, auch die Alliierten, diesen verschärften Kurs, der natürlich auch mit einer riesigen Verhaftungswelle verbunden war, nicht gefallen lassen werden.

Die DDR-Führung hatte meines Erachtens in dieser innergesellschaftlichen Krise überhaupt keine andere Chance. Alles, was ich jetzt im politischen Bereich beschrieben habe, könnte ich auch auf den wirtschaftlichen Bereich ausdehnen. Es kam zu Engpässen im gesamten Warengbiet. Es kam zu einer wirtschaftlichen Krise sondergleichen, die bis dahin nicht dagewesen war.

Aber die Fluchtwelle hat ihre Höhepunkte eigentlich erst ab April 1961 erreicht. Da begann sie sprunghaft anzusteigen. Vorher sind die Zahlen durchaus etwa mit denen von 1957 vergleichbar. Auch das spricht dagegen, daß die Fluchtwelle der eigentliche Grund für den Mauerbau gewesen ist. Die Notwendigkeit hat eigentlich darin bestanden, daß man diese innergesellschaftliche Krise lösen mußte. Die außenpolitischen Gegebenheiten waren eben so – das hat man zwischen Ost-Berlin und Moskau sehr genau kalkuliert –, daß die Westmächte nicht dagegen vorgehen würden.

Nach dem Mauerbau – auch die Untersuchung dieser Zeit scheint mir sehr wichtig – ist festzustellen, daß auf allen gesellschaftlichen Ebenen, einschließlich der SED, eine riesige Disziplinierungswelle stattfindet. Die Zahl der Verhafteten steigt extrem an und ist etwa vergleichbar mit den Monaten Juli/August 1953. Bis nach dem Mauerbau sind solche Zahlen nie mehr aufgetreten.

Die Disziplinierung erstreckt sich aber beispielsweise auch auf die Universitäten. Es ist von den Vertretern der sogenannten systemimmanenten Betrachtungsweise immer wieder behauptet worden, daß gerade die Intelligenz in der DDR der eigentliche Faktor sei, der die Reformen in Gang setzen wird. Meines Erachtens ist die Intelligenz bis 1961 schon heruntergewirtschaftet gewesen. Die Hochschulen waren längst nicht mehr die Stätten von Kreativität. Aber nach dem Mauerbau ist der entscheidende Schub gekommen. Man kann in den Akten beispielsweise nachlesen, daß 1962 nur 32 % aller Hochschullehrer überhaupt die Qualifikation hatten, die eigentlich für einen Hochschullehrer notwendig war. Das zeigt den intellektuellen Niedergang, der in dieser Zeit bereits eingetreten ist.

Es zeigte sich auch, daß die verstärkte Militarisierung innerhalb der DDR vorangetrieben wurde. Die Wehrpflicht wurde beispielsweise im Herbst 1961 eingeführt. Dagegen wurde in den Schulen extrem protestiert. Zum Beispiel sind in der Oberschule in Anklam Oberschüler in schwarzen Hemden und mit schwarzen Fahnen zum Unterricht gekommen und haben gesagt: Wir tragen heute unsere Zukunft zu Grabe. Das hat Ulbricht zum Anlaß genommen, eine breite Disziplinierungskampagne innerhalb der DDR-Volksbildung einzuleiten. Das hat Hunderte von Lehrern die Jobs gekostet. Gerade in der ersten Zeit nach dem Mauerbau war der Anteil der Lehrer an den Flüchtlingen sehr hoch.

Es tut mir leid, daß ich die Zeit vielleicht etwas überschritten habe. Ich glaube aber, daß diese wenigen Fakten doch ein gewisses Bild von der inneren Verfassung der DDR- Gesellschaft zwischen 1958 und dem Herbst 1961 geben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Ich glaube, es war wichtig, daß Sie sozusagen das Umfeld dargestellt haben, daß wir Berlin nicht isoliert sehen, sondern daß die Vorgänge in Berlin auch in sehr engem Kontext mit den Vorgängen in der DDR waren. Das ist ein wichtiger Bezugspunkt.

Wir treten jetzt in die Diskussionsrunde ein. Ich darf Herrn Professor Mahncke und Herrn Dr. Wolle bitten, hier vorn Platz zu nehmen. Sie werden gleich noch Gelegenheit haben, zu Anmerkungen oder an Sie gerichteten Fragen Stellung zu nehmen. Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen, was wir einvernehmlich festgelegt hatten: Wir machen jetzt eine etwas längere Runde mit Fragen oder ergänzenden Bemerkungen, und zwar mit jeweils zwei Kollegen der großen Fraktionen und jeweils einem Kollegen der kleineren Fraktionen bzw.